

Bericht des Workshops

«Feministische und dekoloniale Solidarität in der Entwicklungszusammenarbeit und internationalen Kooperation – eine Un/Möglichkeit?»

Eine Kooperation von VIDC Global Dialogue und WIDE, im Rahmen der Reihe Feministische Außenpolitik – Potentiale & Realität

Samstag, 22. November 2025, 14:00-15:30 Uhr, Österreichische Entwicklungstagung in Innsbruck

Referentin: Radwa Khaled Ibrahim (medico international / Goethe-Universität Frankfurt)

Input: Janine Wurzer (WIDE)

Moderation: Mara Elena Zöller (Brot für die Welt / WIDE)

Hintergrund

Der Workshop fand im Rahmen der Entwicklungstagung 2025 in Innsbruck statt – der größten entwicklungsrechtlichen Fachveranstaltung Österreichs. Die Tagung brachte Wissenschaft, Praxis und Zivilgesellschaft zusammen und schuf einen dialogischen Raum, in dem unterschiedliche Perspektiven auf globale Gerechtigkeit, Machtverhältnisse und internationale Zusammenarbeit sichtbar wurden. Unter dem diesjährigen Schwerpunkt „Frieden, Gerechtigkeit und starke Institutionen“ wurden zentrale Fragen globaler Ungleichheit und internationaler Kooperation verhandelt – im Sinne eines partizipativen Verständnisses von Entwicklung, das an die Pädagogik Paulo Freires anknüpft und den Austausch auf Augenhöhe zwischen Akteur*innen des Globalen Nordens und Südens fördert.

Der Workshop „Feministische und dekoloniale Solidarität in der Entwicklungszusammenarbeit – eine Un/Möglichkeit?“ widmete sich der Frage, wie internationale Kooperation so gestaltet werden kann, dass sie bestehende Ungleichheiten nicht fortschreibt, sondern zu ihrer Überwindung beiträgt. Im Zentrum stand der theoretische Impuls von Radwa Khaled-Ibrahim, die koloniale Kontinuitäten, globale Machtasymmetrien und die Bedingungen transnationaler Solidarität analysierte. Ergänzend brachte WIDE Einblicke aus einer aktuellen Recherche zum Gender-Fokus in der österreichischen Entwicklungszusammenarbeit ein, um institutionelle Entwicklungen und damit verbundene Spannungsfelder sichtbar zu machen. Gemeinsam bildeten diese Beiträge die Grundlage für einen offenen Reflexionsraum darüber, wie feministische und dekoloniale Perspektiven die EZA kritisch erweitern und transformieren können.

Begrüßung und Einstieg

Zu Beginn des Workshops begrüßten Janine Wurzer und Mara Elena Zöller die Teilnehmer*innen und eröffneten einen gemeinsamen Denkraum. Sie erläuterten das Ziel des Workshops: feministische und dekoloniale Perspektiven auf Entwicklungszusammenarbeit (EZA) zusammenzuführen, kritisch zu reflektieren und gemeinsam Visionen für solidarische internationale Kooperation zu entwickeln. Gerade im Kontext der EZA stelle sich die grundlegende Frage, wie Solidarität gestaltet werden kann, ohne dabei ein System zu stabilisieren, das strukturelle Ausbeutung und Ungleichheit reproduziert. Es sei wichtig, „mit

einer feministischen Brille“ auf Entwicklungspolitik zu blicken und Machtverhältnisse, Strukturen und historische Kontinuitäten bewusst mitzudenken.

Input durch Janine Wurzer (WIDE)

Feministische Außenpolitik (Policy Brief des VIDC)

Janine Wurzer eröffnete ihren Input mit einem Verweis auf einen Policy Brief des VIDC, der darlegt, was feministische Außenpolitik im Kern ausmacht. Feministische Außenpolitik ist, so der Policy Brief, eine menschenrechtsbasierte Friedenspolitik, die Geschlechtergleichstellung und die Perspektiven marginalisierter Gruppen ins Zentrum stellt. Sie folgt einem erweiterten Sicherheitsbegriff, bei dem menschliche Sicherheit wichtiger ist als staatliche Sicherheitslogiken. Politische Entscheidungen sollen sich nicht primär an der Sicherung von Grenzen orientieren, sondern an den Bedürfnissen der Menschen, ihrer Würde, Freiheit und Teilhabe.

Dieser Ansatz ist macht- und herrschaftskritisch: Feministische Außenpolitik zielt darauf ab, militarisierte und (post)koloniale Strukturen sichtbar zu machen und abzubauen, Ungleichheiten zu reduzieren und Gewaltverhältnisse zu transformieren. Damit verbindet sie Gleichstellungspolitik mit einer aktiven Form der Friedenspolitik, die präventiv wirkt und Verantwortung gegenüber jenen übernimmt, die von politischen Entscheidungen betroffen sind.

Von diesem normativen Rahmen aus zeigte Janine auf, wie diese Diskussionen auch die aktuellen Entwicklungen in der österreichischen Entwicklungszusammenarbeit (OEZA) prägen. Viele Vorgaben und Instrumente – etwa das verpflichtende Gender-Marker-System oder die Erwartung, Gender als Hauptziel zu verankern – stehen in engem Zusammenhang mit einem breiteren politischen Wandel hin zu mehr Gleichstellung, Frieden und menschenzentrierter Politik. Feministische Außen- und Entwicklungspolitik teilen zentrale Grundannahmen: dass Geschlechtergerechtigkeit eine Voraussetzung für Frieden ist, dass marginalisierte Stimmen sichtbar gemacht werden müssen und dass strukturelle Ungleichheiten – einschließlich patriarchaler und kolonialer Machtverhältnisse – adressiert werden müssen.

Daran anschließend vertiefte Janine ihren Input zur Analyse der institutionellen Praxis und stellte den Kontext rund um Gender in der OEZA sowie die Ergebnisse des WIDE-Papers vor.

Kontext: Gender in der EZA

Janine erläuterte zunächst die aktuellen strukturellen Entwicklungen in der österreichischen Entwicklungszusammenarbeit (OEZA). Sie verwies darauf, dass Geschlechtergleichstellung seit 2019 in den österreichischen Förderinstrumenten verbindlich verankert ist und alle großen Südprojekte einem verpflichtenden Gendermarker-System unterliegen. Für NGOs bedeutet dies, Gender systematisch zu berücksichtigen und Gleichstellung als zentrales Ziel der Projektarbeit zu verstehen – mit entsprechenden strukturellen und strategischen Anpassungen.

Eine besondere Herausforderung zeigt sich in der Praxis internationaler Zusammenarbeit: Nicht überall wird Gleichstellung gleich verstanden. Viele Projekte berücksichtigen zwar genderrelevante Elemente, geraten jedoch an Grenzen, sobald Gleichstellung als *Hauptziel* eines Projekts definiert werden soll. Der Unterschied zwischen „Gender berücksichtigen“ (GM1) und „Gender als Ausgangspunkt der Projektlogik“ (GM2) sei für viele Organisationen ein tiefgreifender Paradigmenwechsel. Dialog, geteilte Verantwortung und kontinuierliche Reflexion seien daher unerlässlich.

Ergebnisse des WIDE Papers

([WIDE Paper](#): Walking the talk – Moving towards a gender-equality-focus in Austrian development cooperation)

Zur Erläuterung dieser neuen Regelung stellte Janine das neue WIDE-Paper vor, das Erfahrungen aus fünf Online-Treffen einer Community of Practice dokumentiert. Diese brachte Gender-Beauftragte österreichischer NGOs und ihrer Partnerorganisationen im Globalen Süden zusammen, um Herausforderungen und Erfolgsfaktoren beim Gender-Equality-Fokus zu identifizieren.

Im Mittelpunkt stand das Gender-Marker-System (GM0, GM1, GM2). Seit 2019 gilt für größere Förderinstrumente in afrikanischen Ländern die Vorgabe, dass Projekte nur dann finanziert werden, wenn Geschlechtergleichstellung als Hauptziel (GM2) verfolgt wird. Diese Vorgabe hatte zu erheblichen Anpassungen in vielen NGOs geführt – sowohl auf programmatischer wie auch struktureller Ebene: Projektlogiken mussten überarbeitet, Gender-Analysen vertieft und interne Arbeitsstrukturen weiterentwickelt werden.

Die Umstellung auf GM2 wirkte tief in die Organisationen hinein und erforderte zusätzliche Gender-Expertise, Gender Focal Points, sowie neue interne Lernprozesse. Sie erzeugte zugleich Chancen und Spannungen: Einerseits ermöglichen sie nachhaltige institutionelle Verankerung feministischer Ansätze, andererseits besteht die Gefahr, dass Gender zu einem technokratischen Zusatz verflacht, der politisch nicht ausreichend fundiert ist.

Als zentraler Erfolgsfaktor für die Umsetzung der Vorgaben erwies sich ein dialogischer Ansatz. Viele NGOs hatten nicht einfach versucht, die Vorgaben top-down umzusetzen, sondern suchten aktiv den Austausch mit Partnerorganisationen, um das Gender-Hauptziel an unterschiedliche soziale, kulturelle und politische Kontexte anzupassen. Dabei zeigte sich, dass Genderverständnisse global und kontextuell stark variieren und klare gemeinsame Bedeutungsrahmen notwendig sind.

Genannt wurden u.a. folgende Änderungen: klare Gender Policies, Gender-Kompetenzaufbau, kontinuierliche Reflexionsräume, Kooperationen mit Frauenrechtsorganisationen sowie Role-Model-Programme, die Männer und Jungen einbeziehen. Gleichzeitig erzeugt der Gender-Equality-Fokus Spannungen: neue Handlungsmöglichkeiten entstehen, doch zugleich treten Unsicherheiten, Ressourcenkonflikte und institutionelle Aushandlungsprozesse auf.

Am Ende ihres Inputs benannte Janine dieses Spannungsfeld auch als Dilemma für WIDE: WIDE ist feministisch ausgerichtet und begrüßt die Möglichkeiten, die durch GM2 entstehen – strukturelle Veränderungen, nachhaltige Effekte, gestärkte Gender-Arbeit. Zugleich bleibt die Einführung von GM2 ein top-down gesetzter Prozess, der viel Argumentationsarbeit erfordert und selbst neue Grenzen und Abhängigkeiten schafft. Vorgaben können Handlungsmöglichkeiten weiten und zugleich verengen – ein Spannungsverhältnis, das die feministische Praxis in der EZA grundlegend prägt.

Workshop Teil 1 – Input von Radwa Khaled Ibrahim

Koloniale Kontinuitäten und feministische Kritik an der EZA

(sieh auch Präsentation als [pdf](#))

Nach diesem ersten Teil begann Radwa Khaled Ibrahim ihren Input zu feministischer und dekolonialer Solidarität in der EZA und internationalen Kooperation mit einer historischen Genealogie. Sie zeigte auf, dass EZA aus einem Geflecht kolonialer Kontinuitäten

hervorgegangen ist – geprägt von Soft-Power der Nachkriegszeit, modernisierungsorientierten Weltbildern und westlich dominierten Wissens- und Machtordnungen. Radwa stellte die zentrale Grundsatzfrage, wie Länder im Globalen Süden überhaupt in die Position gebracht wurden, „Hilfe“ empfangen zu müssen, und welche globalen politischen und ökonomischen Strukturen diese Abhängigkeiten hervorgebracht haben. Diese historischen Kontinuitäten bestimmen bis heute, wer Entscheidungen trifft, wessen Wissen als relevant gilt und welche Lösungsansätze als legitim betrachtet werden.

Aus dieser Perspektive stellte Radwa die provokante Frage, ob feministische Ansätze innerhalb dieser Strukturen überhaupt verwirklicht werden können, wenn gleichzeitig grundlegende Machtverhältnisse unberührt bleiben. Wie könnte eine emanzipative internationale Zusammenarbeit stattfinden?

Sie verwies dabei auf feministische und dekoloniale Denkerinnen wie Chandra Mohanty, die betonen, dass feministische Kritik nicht ohne Analyse der materiellen Bedingungen denkbar ist, die Ungleichheit hervorbringen. Daher muss reflektiert werden, wer in der EZB als Subjekt und wer als Objekt erscheint, welche Stimmen gehört werden und welche systematisch ausgeschlossen bleiben. Dies führte zur geopolitischen Frage, welches Weltbild internationalen Kooperationen zugrunde liegt und ob eine global gültige Entwicklungslogik nach dem Motto „Wie im Westen so auf Erden?“ nicht selbst koloniale Muster reproduziert.

Die „Frauen-Frage“ in der EZB und ihre feministische Kritik

Im Anschluss daran widmete sich Radwa der sogenannten „Frauenfrage“ in der EZB und führte drei historische Phasen feministischer Entwicklungspolitik aus.

In den 1970er- und 1980er-Jahren dominierte das Paradigma „Women in Development“ (WID), das darauf abzielte, Frauen in bestehende Strukturen einzubinden, ohne diese Strukturen zu hinterfragen. Sie bezeichnete dies als Modernisierungspatrialismus, da Frauen zwar adressiert wurden, ihre Perspektiven aber kaum als eigenständige politische Subjekte verstanden wurden.

In den 1990er-Jahren folgte das Empowerment-Paradigma, das Frauen als zentrale Akteurinnen gesellschaftlicher Veränderung verstand, gleichzeitig jedoch häufig zur Einbindung in neoliberalen Marktlogiken führte – besonders sichtbar an Mikrokreditprogrammen, die Frauen zwar zu Unternehmerinnen machen wollten, sie jedoch nicht selten in Schuldenfallen führten.

In den 2000er-Jahren setzte sich das Konzept des Gendermainstreamings durch, das Gleichstellung als Aufgabe auf allen Ebenen etablieren sollte. Aus Radwas Sicht ist jedoch fraglich, ob damit tatsächlich ein feministischer Politikansatz erreicht wurde, oder ob es sich oft um eine entpolitiserte, technokratische Umsetzung handelt.

Radwa rückte anschließend den aktuellen Diskurs um feministische Außen- und Entwicklungspolitik in den Fokus. Vor rund vier Jahren sei dieser Ansatz in mehreren europäischen Staaten – darunter Deutschland – politisch aufgegriffen worden. Auf dem Papier klingen diese Ansätze vielversprechend: Rechte, Repräsentanz und Ressourcengerechtigkeit (die „drei R“) spielen eine zentrale Rolle, ebenso Begriffe wie Intersektionalität, Race, Class und Gender. Radwa zeigte jedoch auf, dass diese Leitlinien häufig im Widerspruch zu realpolitischen Entscheidungen stehen – etwa im Umgang mit dem Ukrainekrieg, internationalen Wirtschaftsinteressen oder der Frage kolonialer Wiedergutmachung.

Besonders deutlich wurde dies am Beispiel Namibia. Radwa verwies auf die Aktivistin Sima Lüpertz, die vor dem Deutschen Bundestag klar „Reparations not aid“ forderte. Während die Bundesregierung öffentlich auf Partnerschaft und Entwicklungszusammenarbeit setzt, betragen die realen Schäden des Genozids – materiell wie immateriell – ein Vielfaches dessen,

was bisher angeboten wurde. Gleichzeitig stehen große wirtschaftliche Interessen im Raum, etwa im Bereich Wasserstoffproduktion und Rohstoffhandel.

Vor diesem Hintergrund stellte Radwa die Frage, warum wir überhaupt Entwicklungszusammenarbeit brauchen. Sie zitierte die deutsche Entwicklungsministerin Svenja Schulze, die in einem Podcast argumentierte, dass Deutschland „solidarisch mit den ärmsten der Welt“ sein müsse und EZA „wirtschaftlich sinnvoll“ sei, da sie Wohlstand sichere und als Türöffner fungiere. Radwa machte jedoch deutlich, dass solche Rechtfertigungen ein Spannungsfeld offenbaren: Wenn Ministerien normative feministische oder dekoloniale Konzepte übernehmen, ohne gleichzeitig wirtschaftliche und handelspolitische Interessen zu verändern, bleibt die transformative Kraft feministischer Politik uneingelöst.

Workshop Teil 2 – Interaktive Diskussion

Veränderungen und Herausforderungen in der EZA

In der interaktiven Phase öffnete Radwa den Raum für eine breitere kollektive Reflexion. Sie stellte die Frage, welche Veränderungen und Herausforderungen die Teilnehmer*innen in ihren jeweiligen Arbeitsfeldern beobachten und ob EZA-Arbeit derzeit tatsächlich verändert wird oder bestehende Strukturen lediglich fortgeschrieben werden. Mehrere Stimmen im Raum machten deutlich, dass sich die politischen und institutionellen Rahmenbedingungen spürbar verschieben: Bereiche und Ministerien werden zusammengelegt oder geschlossen, Budgets gekürzt und damit finanzielle wie strukturelle Unsicherheiten geschaffen. Schlagworte wie neue budgetäre Linien, ökonomischer Druck und fehlende Ressourcen zogen sich durch viele Beiträge.

An diese institutionellen Verschiebungen schlossen Diskussionen über das veränderte normative Umfeld an. Diskussionen verlaufen zunehmend polarisierter, feministische Anliegen werden häufiger delegitimiert oder marginalisiert. Viele berichteten von einer Normalisierung rechter und antifeministischer Positionen im politischen Diskurs, was einen deutlichen Backlash gegenüber zuvor erkämpften Fortschritten darstelle. Zugleich wurde darauf verwiesen, dass autoritäre Entwicklungen in einigen Projektländern, die zunehmende Militarisierung politischer Debatten und der Druck auf zivilgesellschaftliche Handlungsspielräume die Arbeit zusätzlich erschweren. In diesem Zusammenhang wurde betont, dass bewaffnete Konflikte geschlechterpolitische Ungleichheiten verschärfen und Gewaltverhältnisse reproduzieren und Krieg zudem als „schlimmste patriarchale Katastrophe“ bezeichnet wurde.

Diese Überlegungen wurden ergänzt durch den Hinweis auf nationale Dynamiken. In vielen Ländern sei ein Rückfall in nationale Logiken zu beobachten – „America first“, „Österreich zuerst“. Im Zusammenhang damit tauchte auch der Begriff der Petromaskulinität auf, der die Verflechtung fossiler Ökonomien mit maskulin geprägten Machtpolitiken beschreibt und die politische Rahmung vieler Debatten prägt.

Ein weiterer Fokus lag auf globalen Entwicklungen, die sich unmittelbar auf die EZA auswirken. Die zuvor erwähnten autoritären Tendenzen wurden durch konkrete Beispiele vertieft: Eine Teilnehmerin schilderte, dass sich in vielen Projektländern – etwa in Tansania, Äthiopien oder Südafrika – die frühere Aufbruchsstimmung der 2000er Jahre in eine Phase autoritärer Rückschritte verwandelt habe. Angriffe auf Frauen- und LGBTQI*-Rechte sowie demokratische Erosion seien vielerorts spürbar. Globale Anti-Gender-Bewegungen, wie Verschärfungen des Abtreibungsrechts in den USA oder das Anti-LGBTQI*-Gesetz in Uganda, wirken zudem weit über nationale Grenzen hinaus und beeinflussen konkrete Projektarbeit.

Von diesen Debatten ausgehend lenkte eine weitere Teilnehmerin den Blick auf strukturelle Rahmenbedingungen und stellte die Frage, inwiefern Ausbeutung, soziale Reproduktion und globale Ungleichheiten im kapitalistischen System selbst angelegt sind. Daran anknüpfend diskutierte die Gruppe, welche Handlungsspielräume – und welche Formen von Agency – für transformative Praxis innerhalb solcher Strukturen überhaupt bestehen.

Mehrere Beiträge verwiesen darauf, dass politische und finanzielle Handlungsspielräume insgesamt enger werden – sowohl für zivilgesellschaftliche Organisationen, einschließlich jener in Europa, als auch innerhalb feministischer Bewegungen selbst. Der Begriff der *shrinking spaces* wurde mehrfach hervorgehoben und verdeutlichte diese strukturelle Verengung. Eine Teilnehmerin betonte in diesem Zusammenhang, dass feministische Bewegungen traditionell Verhandlungsräume sind, in denen unterschiedliche Perspektiven und Machtpositionen aufeinandertreffen; gerade diese Räume scheinen jedoch zunehmend enger zu werden, was Debatten zusitzt und Kritik schärfer ausfallen lässt.

Die Teilnehmenden diskutierten anschließend über die Vielfalt und Widersprüchlichkeit feministischer Positionierungen. Dabei wurde betont, dass Feminismen keine homogene Bewegung bilden und Auseinandersetzungen darüber, was feministische oder dekoloniale Praxis bedeutet, unvermeidlich und produktiv sein können. Der Satz „We are not your sisters“ wurde als Ausdruck eines notwendigen Spannungsverhältnisses genannt, das verdeutlicht, welcher Feminismus – und wessen Feminismus – in internationalen Strukturen wirksam wird. Im Anschluss wurde darüber gesprochen, wer von wem Solidarität einfordern kann und wie mit Ambivalenzen feministischer Praxis umzugehen sei. Mehrere Stimmen hoben zudem die Bedeutung der Sprache hervor, da Begriffe Narrative prägen und damit politische Realität mitgestalten.

Auch der digitale Raum wurde thematisiert – sowohl als Möglichkeit für Sichtbarkeit, Vernetzung und Wissensaustausch, als auch als Ort, an dem Polarisierungen verstärkt werden. Zudem wurde betont, wie rasch sich Fehlinformationen dort verbreiten.

Schließlich wurde deutlich, dass es an vielen Stellen berechtigte Kritik an der EZA gibt – auch von Menschen, die in diesem Feld arbeiten. Manche Instrumente, etwa der Einsatz internationaler Fachkräfte, wurden als grundsätzlich hinterfragbar bezeichnet. Viele schilderten das Spannungsfeld, einerseits positive Veränderungen zu bewirken und andererseits Teil eines Systems zu bleiben, das sie kritisch sehen. In einer polarisierten politischen Landschaft gehe dabei häufig die Fähigkeit verloren, diese Dialektik offen zu benennen, ohne sofort in bestimmte Lager eingeordnet zu werden.

Eine Teilnehmerin brachte die zentrale Schwierigkeit auf den Punkt. Obwohl umfassende Analysen zu bestehenden Missständen vorliegen, bleibe offen, wie mit diesem Wissen strategisch umzugehen ist. Diese Frage bildete den Übergang zur folgenden Diskussion über mögliche Handlungsoptionen.

Strategien, Visionen und Handlungsmöglichkeiten

Im zweiten Teil des Workshops richtete sich der Blick auf konkrete Handlungsmöglichkeiten und darauf, wie feministische und dekoloniale Entwicklungszusammenarbeit praktisch gestärkt werden kann. Die Diskussionen bauten auf den zuvor benannten Herausforderungen auf und versuchten, gemeinsame Visionen zu formulieren, die weder Ambivalenzen ausblenden noch einfache Lösungen versprechen.

Die Gruppe diskutierte Fragen wie: Darf entwicklungspolitische Bildungsarbeit politisieren? Wie kann Solidarität über nationale Grenzen hinweg gedacht werden? Welche Rolle spielen zivilgesellschaftliche Allianzen, und wie kann kollektives Handeln gestärkt werden? Zentral war auch die Frage, wie Solidarität über nationale Grenzen hinaus gedacht und gelebt werden

kann und welche Rolle zivilgesellschaftliche Allianzen dabei spielen. Zivilgesellschaft dürfe nicht als Konkurrenzfeld verstanden werden, sondern als kollektiver Akteur, der strategisch zusammenarbeitet. In diesem Sinne wurde hervorgehoben, dass bewusst gesetzte Prioritäten und gemeinsame Strategien – im Sinne von „pick your fights (together)“ – notwendig sind.

Es wurde die Bedeutung politischer Mobilisierung sowie die Notwendigkeit betont, Widerspruch und Haltung zu zeigen – sowohl institutionell als auch individuell. Gleichzeitig wurde hervorgehoben, dass die EZAs als Politikfeld häufig davor zurückscheut, politische Verhältnisse offen anzusprechen, was jedoch zentral ist, um die strukturellen Ursachen globaler Ungleichheiten sichtbar zu machen und nicht nur ihre Symptome zu adressieren. Es müsse Ambiguitätstoleranz aufgebaut werden – die Fähigkeit, Widersprüche auszuhalten, ohne handlungsunfähig zu werden. Dies wurde als zentraler Bestandteil feministischer Praxis verstanden.

In diesem Kontext wurde auch der bekannte Dreischritt aus der medico-Praxis angesprochen: Hilfe verteidigen, kritisieren und überwinden. Dieser Ansatz verweist darauf, dass zivilgesellschaftliche Akteur*innen manchmal gezwungen sind, genau jene Strukturen zu verteidigen, die sie gleichzeitig kritisch hinterfragen. Entscheidend sei dabei, den Horizont einer emanzipatorischen Politik nicht aus den Augen zu verlieren.

Wesentlich erschien auch der Umgang mit Komplexität bei der Kommunikation mit der Allgemeinheit. Es braucht niedrigschwellige, verständliche Formen des Dialogs, insbesondere für Menschen, die sich von politischen und fachlichen Debatten ausgeschlossen fühlen. Ein weiterer Bestandteil der Diskussion war die Frage, wie rechten und antifeministischen Tendenzen begegnet werden kann. Neben Konfrontation braucht es Beharrlichkeit, Dialogbereitschaft und den Aufbau neuer Allianzen. Im gegenwärtigen politischen Klima, in dem Räume enger und Positionen herber verhandelt werden, sei es notwendig, bewusste Räume zu eröffnen, die Austausch und Kritik ermöglichen. Doch im aktuellen politischen Klima wird „uns die Luft genommen“, wie es eine Teilnehmerin formulierte. Umso wichtiger sei es, Räume bewusst zu erweitern und auszuhalten.

Darüber hinaus wurde hervorgehoben, dass feministische Praxis keine Stellvertreterpolitik sein dürfe: Es gehe darum, Räume zu schaffen, in denen Betroffene und Partner*innen ihre Positionen selbst einbringen können. Gerade Perspektiven aus dem globalen Süden eröffnen häufig neue Sichtweisen und schaffen die notwendige Irritation, um festgefahrene Narrative aufzubrechen.

Fazit und Schlussbemerkung

Der Workshop endete mit der gemeinsamen Erkenntnis, dass Solidarität keine Einbahnstraße ist und feministische, wie dekoloniale Kämpfe immer in einem Spannungsfeld globaler und lokaler Dynamiken stattfinden. Während Backlash und Rechtsruck weltweit zunehmen, bleibt feministisches und zivilgesellschaftliches Engagement entscheidend, um Räume für Gerechtigkeit und Dialog zu erhalten. Solidarität zeigt sich dabei als Mosaik vielfältiger Perspektiven – aus lokalen Kämpfen, globalen Allianzen, widersprüchlichen Positionen und gemeinsamen Zielen.

Es braucht jedoch Momente, in denen Differenzen zugunsten gemeinsamer Handlungsmacht zurückgestellt werden – ein „We're all women, let's go!“. Dafür seien gemeinsame Räume zentral: alternative Gipfel, informelle Netzwerke oder andere Orte, an denen Austausch jenseits offizieller Strukturen möglich wird. Multilateralismus müsse dabei „aus der Mitte“ gedacht werden – nicht als top-down oder bottom-up Prozess, sondern als Zusammenspiel lokaler und globaler Allianzen.

Europa ist nicht mehr das Zentrum der Welt. Dies darf man nicht als Verlust, sondern als Chance verstehen: als Möglichkeit, eine multipolare Zusammenarbeit zu stärken, in der Europa ein Teil der Welt ist – aber nicht ihr Maßstab. Feministische und dekoloniale Solidarität bedeutet in diesem Sinne, Macht neu zu verteilen, Wissen anders zu verorten und internationale Zusammenarbeit als Prozess gegenseitigen Lernens zu gestalten.

Der Workshop schloss mit dem Gefühl, dass feministische und dekoloniale Solidarität zwar herausfordernd und ambivalent ist, aber gerade in Zeiten globaler Krisen unverzichtbar ist. Die Teilnehmer*innen gingen mit dem Bewusstsein auseinander, dass Veränderung nur dann möglich wird, wenn Räume geschaffen und verteidigt werden, in denen kollektives Lernen, Widerspruch und solidarisches Handeln nebeneinander bestehen können.

